

Thema im Fokus: Die Ideologie der Muslimbruderschaft

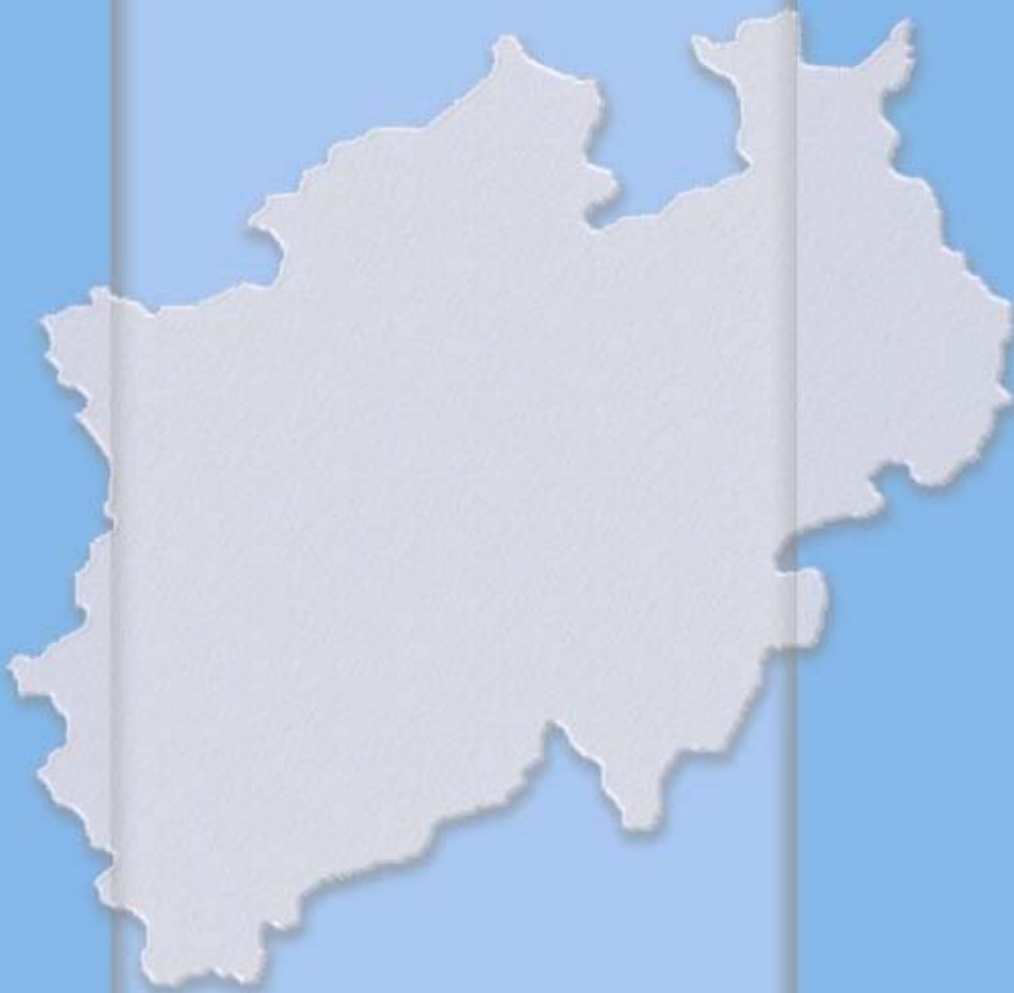


Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen

NRW.

Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Im Mai 2006

www.im.nrw.de/verfassungsschutz



Thema im Fokus: Die Ideologie der Muslimbruderschaft

Die 'Muslimbruderschaft' (MB) ist die älteste und ideologisch einflussreichste Bewegung des politischen Islam. Spätestens seit den 60er Jahren hat die MB auch in Deutschland Fuß fassen können. Wenngleich sich der politische Kampf und die Agitation der MB primär gegen die als unislamisch empfundenen Heimatregierungen richten, beeinflusst ihre Ideologie auch wichtige Organisationen und Repräsentanten des politischen Islam in der Bundesrepublik. Aufgrund der historischen und politischen Entwicklung seit der Gründung der MB in den 20er Jahren kann nicht von einer generell einheitlichen oder zeitlosen Ideologie gesprochen werden. Zu unterschiedlich sind die Denkschulen, die regionalen Differenzen und vor allem die Fortentwicklungen der Ideologie, wie sie sowohl von der Mutterorganisation als auch von radikalen Abspaltungen vorgenommen worden sind. Dennoch lassen sich spezifische Grundmuster und Leitgedanken erkennen, die kennzeichnend für die MB insgesamt sind und im Folgenden skizziert werden. Bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen lässt sich damit eine Art „ideologischer Schnittmenge“ erkennen.

Der Islam als Ordnungsmodell

Gegründet wurde die MB 1928 in Ägypten von dem Volksschullehrer Hassan al-Banna. Er entstammte einem kleinbürgerlichen Umfeld, das fest im Traditionalismus verwurzelt war und in dem der Einbruch des Westens im Nahen Osten als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurde. Al-Banna erhielt eine umfassende religiöse Erziehung, auf deren Grundlage er unter dem Eindruck der erstarkenden nationalistischen Bewegung Ägyptens seine Grundüberzeugungen entwickelte, die für die Muslimbruderschaft prägend wurden. Al-Banna wurde 1949 von der ägyptischen Geheimpolizei auf offener Straße erschossen, weswegen er in den Reihen seiner Mitstreiter bis heute einen Märtyrerstatus genießt.

Die MB ist eine hierarchisch und pyramidal strukturierte Organisation. Sie besteht aus einer beratenden Versammlung (Schura), einer Generalversammlung und einem Exekutivrat. Daneben gibt es Komitees für Mission, Bildung, Jugend usw. An der Spitze steht ein gewählter Repräsentant der MB, der sie nach außen vertritt. Nach eigenen Angaben ist die Organisation heute in mehr als 70 Ländern vertreten.

Den politischen und historischen Hintergrund der MB bildeten die Erfahrungen des europäischen Vordringens in den Nahen Osten. Die Erkenntnis in der arabischen Welt, dass die westlichen Mächte dem Nahen Osten in nahezu allen Bereichen, sei es Wissenschaft, Technik, Militär oder Verwaltung, überlegen waren, hatte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert eine breit angelegte intellektuelle und religiöse Debatte angestoßen. Deren zentraler Punkt war die Frage, wie diese Rückständigkeit überwunden werden könnte.

Bald kristallisierte sich eine Strömung heraus, die die Antwort in der Rückbesinnung auf die Religion zu finden glaubte. In dieses Feld stieß auch die MB vor. Sie forderte, das „wahre Wesen“ des Islam wieder zum Leben erwecken. Damit war zunächst eine Rückorientierung auf die Zeit der ersten islamischen Gemeinde zu Lebzeiten des Propheten Muhammad gemeint. Diese Frühphase, in ahistorischer Weise zum „goldenen Zeitalter“ verklärt, wurde idealisiert und sollte fortan richtungsweisend auch für die modernen Muslime sein. Der Niedergang und die Spaltung, die die islamische Gemeinschaft seither erlebt habe, sei nur durch eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und Glaubensfundamente zu überwinden.

Nach Auffassung der MB ist der Islam eine untrennbare Einheit von Politik und Religion. Er repräsentiert ein umfassendes System, das sich auf jeden Lebensbereich bezieht und Lösungswege für alle politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme anbietet. Al-Banna schrieb in seinen Erinnerungen:

„Die Ausrüstung des Orients ist Sitte und Glauben; wenn er diese beiden verliert, so verliert er alles, wenn er zu ihnen zurückkehrt, so kehrt alles zu ihm zurück. Vor fester Moral, Glauben und Überzeugung bricht die Macht der Unterdrücker zusammen. Daher werden sich die Führer des Ostens um die Festigung seines Geistes und um die Wiedergewinnung seiner verlorenen Moral bemühen, denn dies ist der einzige Weg zu einer echten Renaissance. Diesen Weg aber werden sie nur finden, wenn sie zum Islam zurückkehren und an seiner Lehre festhalten.“

Koran und Propheten­tradition (Sunna) sind die zentralen Referenzpunkte für das „islamische System“, das die MB anstrebt. Kurz gefasst beschreibt es der Slogan der MB so: „Der Islam ist die Lösung!“

Bereits in den späten 30er Jahren entstanden Ableger der MB in der arabischen Welt, geordnet nach dem zentralistischen Prinzip der Mutterorganisation. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und der kolonialen Epoche bildeten sich in der ganzen islamischen Welt und darüber hinaus Zweigstellen der MB. Diese regionalen Zweige sind zwar ideologisch mit der Organisation in Kairo verbunden, handeln jedoch in weiten Teilen eigenständig.

Unterdrückung und Radikalisierung: Die 60er bis 70er Jahre

In Ägypten erlebte die Mutterorganisation der MB eine sehr wechselvolle Geschichte, die sich auch auf ihre ideologischen Wandlungsprozesse auswirkte. Während sie 1952 zunächst noch den Staatsstreich der „Freien Offiziere“ unterstützte, geriet sie schon bald in Konflikt mit der neuen Herrschaft unter dem in der ganzen arabischen Welt bewunderten Präsidenten Jamal Abd al-Nasser. Im Zuge der einsetzenden Verhaftungswelle wurden zahllose Anhänger der Organisation inhaftiert, darunter auch Sayyid Qutb, der zum wichtigsten Vordenker des militanten Islamismus wurde. Obwohl er nicht eindeutig zur Gewalt aufrief, werden seine Werke vielfach als Argumentationshilfen für den militärischen Kampf gegen als ungerecht empfundene Systeme verstanden. Bis heute werden sie viel gelesen. Während seiner Haftzeit, die mit brutalen Folterungen verbunden war, radikalisierte sich sein Denken zusehends. Zu seinen bekanntesten Werken zählen „Wegzeichen“, „Soziale Gerechtigkeit im Islam“ und sein Korankommentar „Im Schatten des Koran“. Qutb zufolge leben die Muslime in einer Zeit der Unwissenheit, und ihr Widerstand muss sich sowohl gegen die westlichen Kolonialisten beziehungsweise Imperialisten richten, als auch gegen die falschen und heuchlerischen Regime der islamischen Welt. Zunächst sollen sich die Muslime nach Qutbs Vorstellungen aus der Gemeinschaft des Unglaubens zurückziehen (Hijra), ebenso wie der Prophet Muhammad die Stadt Mekka wegen seiner Widersacher verlassen musste und mit seiner Anhängerschar nach Medina zog. Darauf aber wird nach Qutb eine Phase des Kampfes folgen, um den Unglauben zu überwinden. Ziel des Kampfes ist die Errichtung einer göttlich legitimierten Herrschaft. Die Muslime, die sich nicht dieser Weltsicht anschließen wollen, einschließlich der Herrscher in der islamischen Welt, werden zu Ungläubigen erklärt (takfir), die bekämpft werden müssen. 1966 wurde Qutb hingerichtet. Seither haben sich zahlreiche militante islamistische Gruppen von seinen Auffassungen inspirieren lassen und sie als Aufruf zur Gewalt verstanden.

In der Regierungszeit des folgenden ägyptischen Präsidenten, Anwar al-Sadat, entwickelte sich die Hauptströmung der ägyptischen MB zu einer Gewalt ablehnenden Organisation, die zur Mitarbeit am herrschenden politischen System bereit war. Sie distanzierte sich nun auch vom Prinzip der Gottesherrschaft, wie sie bis dato gefordert worden war, und wandte sich ideologisch stärker Herrschaftsformen zu, die Mitspracherechte für die Bevölkerung vorsehen.

Trotz ihrer späteren legalistischen Strategie hatte die MB in Ägypten seit den 40er Jahren auch einen militärischen Geheimapparat herausgebildet. Auf diese Erfahrungen konnten militante Splittergruppen später zurückgreifen. In Ägypten und Israel beziehungsweise den besetzten palästinensischen Gebieten vollzogen sich seit den 70er Jahren zahlreiche Abspaltungen von der MB, die sich sehr viel radikaler gaben und sich dem bewaffneten Kampf verschrieben. Diese Radikalisierung wurde durch verschiedene Faktoren ausgelöst und beeinflusst. Dazu zählten eine wachsende soziale und ökonomische Krise sowie die Auswirkungen der neuen Innenpolitik unter Sadat. Gleichzeitig fanden islamistische Bewegungen wie die MB im saudischen Königshaus großzügige Unterstützer, weil man dort darauf setzte, dass diese dann

auch die saudisch-wahhabitische Lehre verbreiten und in ihrem Denken von ihr beeinflusst werden würden.

Viele der militanten Gruppierungen, die in dieser Zeit entstanden, hatten ihre geistige Heimat zunächst in den Reihen der MB. Dies trifft auf die in den 70er Jahren entstandenen ägyptischen MB-Ableger 'Jihad Islami' ('Islamischer Jihad'), 'Gama'a Islamiyya' ('Islamische Gemeinschaft') und 'Takfir wa Hijra' ('Exkommunizierung und Auszug') zu; ebenso auf die algerische 'Front Islamique du Salut' (FIS) und die palästinensische HAMAS, die seit den späten 1980er Jahren aktiv sind.

Ayman al-Zawahiri, der zweite Mann in der 'Al-Qaida' hinter Usama Bin Laden, war zuvor ein führender Kopf des 'Jihad Islami'. Die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat 1981 geht auf das Konto der Gruppierung 'Jihad Islami'. Auch der Gründer der 1952 entstandenen 'Hizb ut-Tahrir' (HuT), Taqhi al Din al-Nabhani, war in der MB aktiv, bevor er seine eigene Gruppierung bildete.

Durch den massiven Einsatz repressiver Instrumente gelang es dem ägyptischen Staat, die gewalttätigen MB-Abspaltungen zu zerschlagen, nachdem diese noch in den 90er Jahren mit spektakulären Angriffen gegen die ägyptische Tourismusindustrie und gegen kritische Intellektuelle von sich reden gemacht hatten. Heute werden die arabischen Führungen wie die westlichen Staaten weit stärker vom internationalen Jihadismus bedroht. Dessen Anhänger haben von den ersten Generationen gewalttätiger Islamisten gelernt und gleichzeitig ihre Methodik angepasst sowie ihre Schlagkraft enorm vergrößert. In ihren Verlautbarungen sind Elemente, die dem Gedankengut von Terroristen aus Gruppierungen wie 'Jihad Islami' und 'Gama'a Islamiyya' entstammen, unverkennbar. Personelle Überschneidungen deuten – wie der Fall al-Zawahiri zeigt – ebenfalls darauf hin, dass in bestimmten Bereichen eine ideologische Nähe zu MB-Splittergruppen besteht oder bestanden hat.

„Der Islam ist Religion und Politik“

Zentraler Punkt der MB-Ideologie ist die ausdrückliche Bejahung eines politischen Anspruchs der islamischen Religion. Sie stelle ein Ordnungssystem dar, das auf alle Fragen und Probleme des Menschen wie der Gesellschaft eine Antwort bereit halte. Der Islam wird als untrennbare Einheit von Religion und Politik definiert. Grundlage einer solchen islamisch-politischen Ordnung ist das islamische Recht (Scharia), das nicht allein als ein Recht, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip begriffen wird. Die Scharia wird dabei als ein für alle Zeiten und Orte gültiges System verstanden, das als Orientierungsrahmen dient. Die Ergebnisse der kritischen Geschichtsforschung widersprechen dieser Auffassung, werden aber von Islamisten wie der MB in aller Regel ignoriert. So handelt es sich bei den in der Sunna dargelegten Aussprüchen und Taten des Propheten Muhammad, die eine wichtige Quelle des islamischen Rechts darstellen, weniger um glaubwürdige historische Berichte über den Propheten, sondern weitgehend um später angefertigte Dokumente. Sie haben damit keinen Anspruch auf Authentizität.

Viele Themen und Aussagen, die ursprünglich von Mitgliedern der MB formuliert worden sind, finden sich heute in anderen islamistischen Bewegungen wieder. Ein zentrales Element islamistischer Weltanschauung stellt die Forderung nach dem islamischen Staat als Erfüllung göttlichen Willens auf Erden dar.

Der islamische Staat – eine Utopie mit eingeschränkten Freiheitsrechten

Zur Errichtung eines islamischen Staates ist an erster Stelle die Durchsetzung des islamischen Rechts, der Scharia, vonnöten. Im Idealzustand wären später alle Muslime weltweit in einem Staatsgefüge geeint. Diskussionen und abweichende Meinungen bezüglich der Religionsauslegung sind in diesem Modell wohl gestattet, da Menschen irren können. Jedoch gibt es einen eng gesteckten, selbst definierten Rahmen der Meinungsfreiheit. Die Grenzen der Meinungsfreiheit setzt das islamische Recht und damit der vermeintlich göttliche Wille. Um festzulegen, wie der göttliche Wille im Einzelnen aussieht, dürfen nur die Meinungen der vier sunnitischen Rechtsschulen herangezogen werden. Die Auslegungen der Schiiten werden von der MB abgelehnt. Das demokratische Prinzip der Volkssouveränität hat in diesem

Staatsmodell keinen Platz oder ist zumindest eingeschränkt, da Gottes Willen nichts vom Menschen Gemachtes übergeordnet werden darf. Auch das Recht auf Opposition ist in Frage gestellt, wenn sich die Herrschenden im Besitz einer göttlichen und damit unumstößlichen Wahrheit wähnen. Nach außen muss die islamische Ordnung gegen ihre Feinde und Angreifer verteidigt werden.

Angesichts der brennenden sozialen Probleme Ägyptens setzt sich al-Bannas Bewegung aber bis heute auch für mehr soziale Gerechtigkeit ein. So besteht die MB auf dem koranischen Verbot von Zinsen und fordert eine gezielte Besteuerung der Wohlhabenden zum Nutzen der Ärmsten. Auch das islamische Pflichtalmosen (Zakat) wird von der MB als Teil der Erneuerung der Sozialpolitik im Sinne einer Gott gewollten Ordnung gesehen.

Der Jihad: Kampf und Verteidigung

Nach al-Banna ist jeder Muslim verpflichtet, der Aufforderung zum Jihad nachzukommen. Dies verstand er nicht nur als kollektive und damit an Institutionen delegierbare Pflicht, sondern als individuelle Aufgabe. Diese Haltung erklärt sich vor allem durch die Opposition gegen den britischen Einfluss in Ägypten zu Lebzeiten al-Bannas, die ihm als „unislamische Besatzer“ galten. Diesen Kampf hielt er für eine wesentliche Aufgabe für die muslimische Gemeinschaft. Nicht immer sollte darunter jedoch eine gewaltsame Auseinandersetzung verstanden werden. Vielmehr kann es sich auch um eine friedliche gesellschaftliche Aufgabe handeln, zu deren Erfüllung jeder einzelne Muslim beizutragen hat. In jedem Fall wird bei diesem Konzept ein Verteidigungsfall unterstellt: Bedroht durch die Ein- und Übergriffe des Westens und seiner Handlanger sehen sich die Muslime gezwungen, ihren Glauben und ihre Wertvorstellungen zu verteidigen. Dies stellt ein weiteres Grundmuster islamistischen Denkens dar: Die Religion wird politisiert, um politische Auseinandersetzungen zu führen.

Das heutige Verhältnis der MB-Mutterorganisation zur Gewalt ist zwiespältig. Während Anschläge wie die des 11. September 2001 scharf verurteilt werden, weil dort Unschuldige getötet worden seien, gelten Selbstmordanschläge und andere Formen des bewaffneten Kampfes im Palästinakonflikt als legitim. Die Auseinandersetzung um Palästina wird als Verteidigungsfall der islamischen Gemeinschaft dargestellt, die den gewaltsamen Jihad rechtfertigt. Für die MB sind die palästinensischen Selbstmordattentäter Märtyrer, die für die Sache des Glaubens in den Tod gegangen sind.

Der politische Kampf der MB richtet sich zentral gegen die eigenen Regierungen, in denen sie vorrangig Despoten und Handlanger ausländischer Interessen sieht. Sich selbst dagegen betrachtet sie als Widerstandskraft gegen Kolonialismus und Zionismus. Sehr pauschal wird westlicher Lebensstil und die zugrunde liegende politische Ordnung als Ursprung allen Übels und als verabscheuenswert verurteilt. Demgegenüber erscheint die islamische Gesellschaftsvision der MB um so reiner.

Das Feindbild des dekadenten und aggressiven Westens

Die meisten Schriften der MB konstruieren ein aggressives Feindbild des Westens, seines politischen Systems und seiner regionalpolitischen Ziele. Der Westen betreibt eine gezielte Politik der Spaltung und Unterwerfung der Muslime. Der besondere Zorn der MB trifft Israel und den Zionismus, der die Palästinenser des muslimischen Bodens beraubt habe. Diese Landnahme wird als eine Verlängerung westlicher Interventionspolitik gewertet.

Nach dem Willen der MB ist die islamische Gemeinde daher der Gegenentwurf zum Westen mit all seinen als negativ gebrandmarkten Eigenschaften und Errungenschaften wie der Trennung von Staat und Religion, dem „Verfall sittlicher Werte“ und dem ungebremsten Kapitalstreben. Dennoch leugnet auch die MB nicht, dass der Austausch mit dem Westen notwendig sei und westliche Errungenschaften teilweise übernommen werden müssten. Geistigen Einflüssen aus Philosophie und Politik steht die MB skeptisch bis ablehnend gegenüber. Technische und naturwissenschaftliche Erkenntnisse der westlichen Welt können dagegen bedenkenlos übernommen werden, solange sie nicht gegen islamische Grundprinzipien verstoßen. Nicht die gewaltsame Revolution, sondern ein evolutionärer Prozess soll den

Weg zur islamischen Gesellschaft nach den Vorstellungen der MB ebnen. Darin unterscheidet sie sich ganz wesentlich von den Methoden des islamistischen Terrorismus, wie ihn zum Beispiel Usama Bin Ladens 'Al-Qaida' praktiziert. Bei der MB steht die Bildung und Ausbildung der kommenden Generationen im Mittelpunkt der Strategie. Mittels der Kontrolle des Erziehungs- und Bildungssystems soll die vollständige Islamisierung der Gesellschaft erreicht werden.

Zu den Regierungen der islamischen Welt hat die MB bis heute zum Teil ein gespanntes oder zumindest ambivalentes Verhältnis. Zeitweise geduldet oder gefördert, ist sie zu anderen Zeiten verfolgt und drangsaliert worden. Trotz oft scharfer Kritik an der nationalen Führung eines Landes ging sie jedoch nie so weit, diese oder ganze Gesellschaften für ungläubig zu erklären, wie dies durch die radikaleren Abspaltungen geschah. Sie verschrieb sich eher der Reform und versuchte durch Überzeugungsarbeit, neue Anhänger zu gewinnen. Dabei spielte auch ihr karitatives Engagement eine wichtige Rolle. Durch die Übernahme von Fürsorgeaufgaben, gerade in ärmeren Regionen und Stadtteilen der Großstädte, konnte sie ihre Idealvorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und islamischer Brüderlichkeit unter Beweis stellen. Dieses soziale Engagement ist heute einer der wichtigsten Pfeiler ihrer Arbeit und sichert ihr in vielen Fällen gesellschaftlichen Respekt.

Islamismus als moderne soziale und politische Bewegung

Auch wenn die MB und ihre radikalen Abspaltungen von einer „Rückkehr zu den Wurzeln des Islam“ sprechen, wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass es sich hier um rein rückwärtsgewandte, anti-modernistische Kräfte handele. Im Gegenteil: Diese Bewegungen – insbesondere die gewalttätigen Organisationen, die aus der MB hervorgegangen sind – interpretieren islamische Quellen neu. Allerdings sind mit deren verzerrenden Interpretationen viele Muslime (einschließlich der MB) nicht einverstanden. Auffassungen wie die Usama Bin Ladens werden von der Mutterorganisation der MB nicht geteilt.

Das Erscheinungsbild der gegenwärtigen MB ist außerordentlich vielfältig. Über lange Zeit war für die MB die Teilnahme am offiziellen politischen Prozess verpönt und Gegenstand heftiger interner Diskussion. Heute sprechen sich dagegen viele Anhänger eindeutig für eine aktive politische Rolle innerhalb der herrschenden Ordnung aus. In Ägypten entsendet sie politische Vertreter ins Parlament und hat sich ausschließlich der friedlichen politischen Oppositionsarbeit verschrieben. Wenngleich sie dort nicht als politische Partei zu Wahlen antreten darf, kann sie doch unabhängige Kandidaten ins Rennen schicken, die ihr eindeutig zugeordnet werden können. Auch in Jordanien ist die MB vielfältig politisch engagiert und verfügt dort sogar über eine legale politische Partei, die viel Einfluss besitzt. Gemäß ihrer Überzeugung, dass die Bildung der Jugend der Schlüssel zum politischen Erfolg ist, hat die MB in Jordanien in großem Stil Posten im Erziehungsapparat besetzt.

In diesen Staaten ist die MB de facto zu einer politischen Partei geworden, die sich ebenso wie andere Parteien pragmatisch an die gegebenen Verhältnisse anzupassen versucht und letztlich Realpolitik unter islamistischem Vorzeichen betreibt. In Syrien dagegen ist die MB seit der blutigen Niederschlagung politischer Unruhen im Jahr 1982 nur noch im Untergrund tätig und wird von den Sicherheitsbehörden scharf verfolgt.

Eingeschränkte Rechtsposition: Frauen und religiöse Minderheiten

Die Aussagen und Positionen zeitgenössischer Muslimbrüder offenbaren ein heterogenes Meinungsbild. Während die einen kooperationswillig und aufgeschlossen sind, vertreten andere eher rückwärtsgewandte Haltungen und lehnen eine Modernisierung der Bewegung und ihrer ideologischen Positionen ab. Viele Muslimbrüder halten heute demokratische Staatsformen für prinzipiell akzeptabel und haben sich damit von früheren Forderungen nach einem reinen Gottesstaat abgewandt. Sie entwerfen Visionen von einer „islamischen Demokratie“, in der es regelmäßige Wahlen und ein Parlament mit oppositionellen Kräften geben soll. Allerdings sind ihre Konzepte einer islamischen Demokratie mit mehr oder weniger starken Einschränkungen der individuellen Freiheitsrechte verbunden. Besonders kritisch ist die Position, die Frauen und religiösen Minderheiten zugebilligt wird. So wird Andersgläubigen wohl als

„Schutzbefohlenen“ Religionsfreiheit zugesichert, jedoch beinhaltet dies stets eine niedrigere Rechtsstellung der Minderheiten in Bezug auf die muslimische Mehrheit. Ähnliches gilt für die Gleichstellung der Geschlechter: Frauen und Männer seien gleichwertig vor Gott, nicht aber gleichberechtigt auf Erden. Auch wenn aufgeschlossenerer Anhänger der MB Frauen durchaus ein Recht auf Erwerbstätigkeit außerhalb des Hauses zugestehen, gilt dennoch die Familienarbeit und das Mutterdasein als die wichtigste Aufgabe im Leben einer Frau und das eigene Heim als der angemessene Aufenthaltsort. Die Einschränkungen des weiblichen Selbstbestimmungsrechts werden damit begründet, dass Frauen aufgrund ihrer körperlichen Besonderheiten für viele Aufgaben ungeeignet seien. Dass auch alle Vordenker der MB die Verschleierung der Frau für ein unumstößliches göttliches Gebot halten, versteht sich nahezu von selbst.

Auch die Meinungsfreiheit kann in einer solchen „islamischen Demokratie“ nicht vollständig verwirklicht werden. Stattdessen würde – religiös verbrämt – eine Art islamistische Zensur verhängt, die alle gegen islamische Grundwerte verstoßenden Meinungen für illegitim erklärt.

Die Muslimbruderschaft in Europa

In Europa hat sich in den letzten Jahren ein weit verzweigtes Netzwerk der MB herausgebildet. Durch vielfältige Aktivitäten versuchen Angehörige der MB, ihre Geisteshaltung in den muslimischen Gemeinschaften Europas zu verbreiten. Als europäischer Dachverband der MB fungiert die ‘Föderation Islamischer Verbände in Europa’ (‘Federation of Islamic Organisations in Europe’ – FIOE) mit Sitz in Leicester (Großbritannien). In ihrer Struktur orientiert sich die FIOE an der klassischen Hierarchie der MB.

Eine weitere einflussreiche, eng mit der MB verbundene Organisation, ist der ‘Europäische Fatwarat’ (‘European Council for Fatwa and Research’ – ECFR) mit Sitz in Dublin, dem mit Yusuf al-Qaradawi eine der herausragendsten geistigen Führungspersonlichkeiten der im Umfeld der MB zu verortenden islamistischen Bewegung vorsteht. An al-Qaradawi wurde erst jüngst die Führerschaft der ägyptischen MB herangetragen, was er jedoch ablehnte. Al-Qaradawis Rechtsauffassungen können im Spektrum der MB durchaus als gemäßigt gelten, doch sind sie häufig mit westlichem Demokratieverständnis nicht in Einklang zu bringen. So vertritt al-Qaradawi die Meinung, dass derjenige todeswürdig sei, der den Islam verlässt (Apostasie). Zwar solle das Urteil erst vollstreckt werden, wenn der umfassende islamische Staat gebildet worden sei, doch lässt er keinen Zweifel daran, dass das Todesurteil auf der Grundlage der Scharia geboten sei. Auch sein viel gelesenes Buch „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“, das bereits Anfang der 60er Jahre erschien, offenbart ein höchst konservatives und letztlich rückwärts gewandtes Denken. In diesem Band finden sich mehrfach Belege dafür, wie stark sein Denken im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Verfassungsordnung steht. Zum Verhältnis von Mann und Frau heißt es in diesem Band von al-Qaradawi beispielsweise:

„Wegen seiner natürlichen Fähigkeit und seiner Verantwortung, für seine Familie zu sorgen, ist der Mann der Vorstand von Haushalt und Familie. Er hat Anspruch auf Gehorsam und Zusammenarbeit seitens der Frau, und sie darf sich nicht gegen seine Autorität auflehnen und derart Auseinandersetzungen verursachen. [...] Stellt der Ehemann fest, daß bei seiner Frau Ungehorsam und Auflehnung gegen ihn entstehen, sollte er sich aufs Beste bemühen, ihre Haltung durch gute Worte, freundliche Überzeugung und Argumente zu korrigieren. Hilft das nicht, sollte er nicht weiter bei ihr schlafen und versuchen, ihre lebenswürdige weibliche Natur zu erwecken, damit wieder Friede einkehrt [...]. Wenn auch das fehlschlägt, darf er sie leicht mit den Händen schlagen, wobei er das Gesicht und andere empfindliche Stellen zu meiden hat.“

Ungehorsam und Widerspruch der Ehefrau dürfen demnach mit „leichter Züchtigung“ geahndet werden. Dies stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die Menschenwürde dar. In dieser Schrift weist al-Qaradawi auch noch einmal ausdrücklich auf das im islamischen Recht fußende Gebot hin, nach dem eine Muslimin keinen Nichtmuslim zum Ehemann nehmen darf. Auch dieses Gebot ist mit der demokratischen Grundordnung und dem Recht auf Religionsfreiheit nicht vereinbar.

Die Muslimbruderschaft in Deutschland

In Deutschland stehen verschiedene Islamische Zentren der MB nahe, darunter die „Bilal Moschee“ in Aachen, die sich am syrischen Zweig der MB orientiert. Die ‘Islamische Gemeinschaft Deutschland’ (IGD) kann als nationale deutsche Repräsentantin der MB betrachtet werden (siehe die entsprechenden Abschnitte im hinteren Berichtsteil). Die Beziehungen der IGD reichen durch persönliche Kontakte von Funktionären und gemeinsame Projekte sowohl in den Bereich von islamisch-extremistischen Organisationen arabischstämmiger als auch türkischstämmiger Muslime (IGMG/EMUG). Bei der IGD handelt es sich demnach um eine Organisation mit sehr verzweigten und schwer durchschaubaren Verbindungen in die islamistische Szene in Deutschland. Die IGD ist zudem auch eng mit dem europaweiten Netzwerk der MB verbunden und Mitglied der FIOE.

Die ideologische Nähe der IGD zu den Ansichten der MB ist in ihren Veröffentlichungen offensichtlich. Ganz im Sinne der MB-Ideologie heißt es beispielsweise bei der IGD zum Thema Geschlechterbeziehungen:

„Im Islam geht es darum, unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Geschlechter Gerechtigkeit zwischen beiden herzustellen. Daher hat Gott Mann und Frau bestimmte Rechte und Pflichten zugewiesen, die ihrer jeweiligen Natur gerecht werden. Wenn sie sich jedoch von ihrer Natur entfernen, kommt dies einer Gleichmachung nahe.“

Bei gleichzeitiger Übereinstimmung mit den ideologischen Grundlinien ist für die Akteure der MB in Deutschland wie in Europa allerdings festzustellen, dass die inhaltlichen Diskussionen von anderen Schwerpunkten bestimmt werden. Hier ist insbesondere die Debatte um die Vereinbarkeit des Islam mit einem westlichen Verständnis von Menschenrechten und Demokratie auf offizieller Ebene bedeutsam. Gleichzeitig jedoch zirkulieren in MB-nahen Organisationen in Deutschland wie in Europa weiterhin auch extremistische Positionen, wie sie sich zum Beispiel in den Rechtsgutachten des Europäischen Fatwa-Rates niederschlagen. Auch die deutsche Übersetzung von al-Qaradawis „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ ist in vielen islamistischen Moscheegemeinden erhältlich.

Die mit der MB verbundenen Organisationen versuchen, durch die Einrichtung und Nutzung europäischer Institutionen wie des ECFR und der FIOE, eine religiöse wie kulturelle Hegemonie über die Muslime in Europa zu erlangen und damit die Deutungskompetenz in Fragen, die den Islam und die Muslime in Europa betreffen.

Muslimbruder-Ideologie und demokratischer Rechtsstaat

Bei aller Differenzierung hinsichtlich der verschiedenen Denkrichtungen innerhalb der MB ist der Großteil des dort vertretenen ideologischen Gedankenguts unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung. Der absolute Wahrheitsanspruch, den die MB erhebt und den sie auf die Erkenntnis der göttlichen Wahrheit gründet, steht im Widerspruch zu grundlegenden demokratischen Prinzipien wie dem Meinungspluralismus und der Volkssouveränität. Die von der MB angestrebte Ordnung weist deutliche Züge eines diktatorischen beziehungsweise totalitären Herrschaftssystems auf, das die Selbstbestimmung des Volkes ablehnt sowie die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit der Menschen in Frage stellt.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Verfassungsschutz
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/871 - 2980
Telefax: 0211/871 - 161190
bestellung@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.